



Landesnaturschutzverband
Baden-Württemberg e.V.

Dachverband der Natur-
und Umweltschutzverbände
in Baden-Württemberg
nach § 66 Abs. 3 NatSchG

Anerkannter Naturschutz-
verband nach § 67 NatSchG

Pressemitteilung 110421

Stuttgart, 21.04.2011

Landesnaturschutzverband ist sich mit Bauern einig:

Kürzung des Agrarhaushalts zugunsten Straßenbau wäre ein untragbarer Vorgang

LNV-Vorsitzender Reiner Ehret: „Wir werden gegen die SPD-Absichten entschiedenen Widerstand leisten.“

„Man mag es nicht glauben,“ sagte heute der Vorsitzende des Landesnaturschutzverbandes (LNV), Reiner Ehret, „dass die SPD tatsächlich ihren Koalitionspartner dazu bewegen will, mit Mitteln aus dem Agrarhaushalt künftig den Neubau von Straßen zu finanzieren.“

Das wäre, so der LNV-Chef, ein Schritt zurück sogar hinter die zuletzt von der Verkehrsministerin der CDU, Tanja Gönner, propagierte Devise: „Straßenunterhalt hat Vorrang vor Straßenneubau!“

Die Förderung der Landwirtschaft in Richtung auf mehr Natur- und Umweltschutz, so Ehret, sei gerade in Baden-Württemberg dringend nötig. Den Bauern aber sollen – so berichten gut unterrichtete Koalitionäre – rund 50 Millionen Euro weggenommen und in den Straßenbau eingebracht werden. „Dies ist ungefähr die Summe, die das Land bisher in das erfolgreiche MEKA-Programm investiert hat, um das wir in ganz Deutschland beneidet werden“ stellt Ehret fest. Mit diesem Geld jetzt die zusätzliche Versiegelung wertvoller Böden mit Verkehrsflächen zu planen, widerspreche allen Beteuerungen beider künftiger Koalitionspartner vor der Landtagswahl, auch der des sparsameren Umgangs mit den Flächen des Landes.

Der LNV wiederholt daher seine Forderung: „Instandhaltung der Straßen muss vor Neubau gehen,“ und fügt neu hinzu: „Straßenbau zu Lasten der Landwirtschaft widerspricht dem Gebot der Nachhaltigkeit und kann nicht akzeptiert werden!“

Ehret ist sich sicher, dass, sollte der Skandal tatsächlich so im Koalitionsvertrag festgeschrieben werden, Bauern und Naturschützer Hand in Hand spürbaren Widerstand leisten werden. „Und das werden dann allerdings beide Parteien zu spüren bekommen!“

In Verbindung stehende LNV-Pressemitteilung:

http://www.lnv-bw.de/presse_archiv/pr110415-str.pdf